

Pressemitteilung

Mittwoch, 4. April 2011

INSM fordert Vollbeschäftigung als gesellschaftliches Projekt

HWWI Gutachten: Vollbeschäftigung in drei Jahren

Berlin. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) fordert Politik, Unternehmen, Arbeitnehmer und Arbeitssuchende auf, die historische Chance zu nutzen und Vollbeschäftigung zum übergeordneten gesellschaftlichen Projekt zu machen. „Vollbeschäftigung ist machbar. Sie ist das zentrale Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft. Die Chance, dieses Versprechen einzulösen, ist so gut wie seit 30 Jahren nicht mehr“, sagte **Hubertus Pellengahr**, Geschäftsführer der INSM, heute in Berlin bei der Veröffentlichung eines Gutachtens des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI) mit dem Titel „Wege zur Vollbeschäftigung“.

Prof. Dr. **Thomas Straubhaar**, Direktor des HWWI, erklärte, dass die Arbeitslosenquote bis 2015 unter fünf Prozent sinken werde (April 2011: 7,3 Prozent). Damit würde man in den Vollbeschäftigungskorridor von fünf bis zwei Prozent eintreten. Bis 2017 könnte die Zahl der Arbeitslosen unter zwei Millionen gesenkt werden - vorausgesetzt, die Politik setze die im Gutachten geforderten Maßnahmen um:

- Einstellungschancen von Älteren verbessern. Verzicht auf altersspezifische Regulierung.
- Bessere Chancen für Geringqualifizierte. Bildungsangebote und Lohnzuschüsse statt Mindestlöhne.
- Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Moderne Gestaltung von Arbeitszeiten und Arbeitsplätzen. Nicht wo und wann gearbeitet wird, ist entscheidend, sondern Leistung.
- Investitionen in lebenslange Bildungsangebote als Antwort auf den Strukturwandel.
- Effiziente Regionalpolitik: Regional unterschiedliche Beschäftigungschancen akzeptieren, Mobilität und nicht Sesshaftigkeit fördern.

Auch läge es in der Verantwortung der Tarifparteien, bei Lohn- und Gehaltsabschlüssen das Vollbeschäftigungsziel zu berücksichtigen. „Wenn nicht“, so **Straubhaar**, „zieht dieser Aufschwung an über einer Millionen Arbeitssuchenden vorbei.“

Die Studie des HWWI sei für die Arbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft von großer Bedeutung, sagte **Pellengahr**, da sie deutlich mache, dass nicht schrumpfende Bevölkerungszahlen zu weniger Arbeitslosigkeit führen, sondern nur eine funktionsfähige Marktwirtschaft. Pellengahr kündigte an, dass die INSM in den kommenden Monaten mit weiteren Veranstaltungen und Studien die Diskussion über Wege zur Vollbeschäftigung befeuern werde. „Politik und Tarifparteien dürfen die historische Chance auf Vollbeschäftigung, die durch Reformpolitik und Tarifpartner eröffnet worden ist, nicht verstreichen lassen“, so **Pellengahr**.

Alle Unterlagen der Pressekonferenz sowie weitere Informationen finden Sie unter:

<http://www.insm.de/insm/Presse/Pressemeldungen/Projekt-Vollbesch-ftigung.html>

Rückfragen:

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Thomas Bauer, Telefon 030 27 877 174, bauer@insm.de